

Über 100 Bürgerinitiativen gegen überhöhte Kommunalabgaben setzen auf die Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU).

Alle Hoffnung setzen über 100 Bürgerinitiativen gegen überhöhte Kommunalabgaben in Thüringen in die neu gewählte Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU). Sie wird es nicht leicht haben, ihr Programm gegen einen oft uneinsichtigen Koalitionspartner (SPD) durchzusetzen.

Frau Lieberknecht als neue Landesmutter hat jedoch in der Vergangenheit als Sozialministerin gute Arbeit geleistet und die Sorgen und Nöte der Bürger ernst genommen. Die Thüringer hoffen jetzt, dass ihnen endlich Chancengleichheit nach dem Grundgesetz garantiert und dass Leid und Elend in vielen Familien beseitigt werden. Sie hoffen weiterhin, dass sich Frau Lieberknecht für die Abschaffung der Abwasserbeiträge einsetzt, dies wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Die Maske hat Ch. Matschie (SPD) jetzt fallen lassen. In der am 19. November 2009 geführten Debatte zur Regierungserklärung der Thüringer Ministerpräsidentin Ch. Lieberknecht (CDU) im Thür. Landtag hat ihr umstrittener Vize Ch. Matschie (SPD) die bisherige Kommunalabgabenpolitik der Thür. Landesregierung verteidigt und einer Beitragsentlastung für die Bürger eine Absage erteilt. Weshalb hat er diese Aussagen nicht vor der Landtagswahl getroffen? Matschie rechtfertigt die überhöhten Kommunalabgaben. Insbesondere sprach sich Matschie für die Beibehaltung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge aus. Eine Abschaffung oder Absenkung der Beiträge, wie sie die Bürgerinitiativen und die LINKE seit Jahren fordern, wäre aus seiner Sicht nicht finanzierbar.

Matschie war sich nicht zu schade, der LINKEN vorzuwerfen, dass diese sich gegen Bildungsausgaben wendet, weil Beitragsabschaffung und Bildung ja nicht gleichzeitig durch das Land finanzierbar wären. Wer Beiträge abschaffen will, verhindere die Sanierung von Schulen und die Einstellung von Lehrern – so Matschie. Hier zeigt sich, wie kenntnislos Herr Matschie mit der Problematik Abwasser und Straßenausbau umgeht. Entgegen der Behauptung des SPD-Ministers Matschie muss eine Beitragsreduzierung oder Abschaffung nicht zwingend zu einer finanziellen Mehrbelastung im Haushalt führen. Dies beweisen seit Jahren 47 Zweckverbände für Wasser/Abwasser in Thüringen, welche keine Herstellungsbeiträge erheben.

Es müsste geprüft werden, ob es tatsächlich noch nötig ist, weitere 3,5 Mrd. € in die Abwassersysteme zu investieren, wie dies die Verbände und die Landesregierung planen. Durch die Orientierung auf dezentrale Abwassersysteme im ländlichen Raum könnten mindestens 1,5 Mrd. € gespart werden. In der Folge könnten die Beiträge vollständig abgeschafft werden..

Herr Matschie hat offenbar bis heute weder registriert noch begriffen, dass nach den Vorstellungen der Bürgerinitiativen und der LINKEN die Abwasserinvestitionen künftig über die Gebührenerhebung refinanziert werden sollen. Das würde die Verbände zu einer wirtschaftlichen Arbeitsweise zwingen. Alle Investitionen würden dann mehr am Kriterium der Notwendigkeit bemessen. Der Landeshaushalt wäre somit überhaupt nicht betroffen. Herr Matschie kann seine ablehnende Haltung zur Beitragsabschaffung in keiner Weise sachlich begründen. Sein Versuch, haushaltsrechtliche Gründe anzuführen, ist aber kläglich an seiner tatsächlichen oder vorgetäuschten Unwissenheit gescheitert.

Mit freundlichen Grüßen

Horst Reising

BI-Stadtrat Waltershausen

2009-11-25

